

2018

Die bayerische Wirtschaft

vbw

Agenda für Deutschland

www.agenda-fuer-deutschland.de

Agenda für Deutschland

AgendaCheck 2018



Mit dem AgendaCheck überprüfen wir
jährlich die Umsetzung der vbw Forderungen.

Unsere Agenda für eine gute Zukunft

Deutschland geht es gut, Bayern noch besser. Die Konjunktur brummt seit vielen Jahren und die Beschäftigung eilt von Rekord zu Rekord. Die deutsche und die bayerische Wirtschaft sind erfolgreich. Darüber können wir uns alle freuen, denn davon profitieren auch die Menschen in unserem Land.

Zugleich leben wir in bewegten Zeiten, mit wachsenden globalen Krisen sowie enormen wirtschaftlichen, technologischen – aber auch gesellschaftlichen – Umwälzungen. Die Stichworte lauten: Digitalisierung, Strukturwandel in der Automobilindustrie,

Fachkräftemangel und demografische Entwicklung. Zusätzliche Unsicherheit geht von den globalen Krisen und dem in vielen Ländern zu beobachtenden Trend zum Protektionismus aus – allen voran in den USA.

Viele dieser Entwicklungen stellen Wirtschaft und Gesellschaft vor große Herausforderungen. Mehr denn je ist unklar, ob derjenige, der heute erfolgreich ist, auch morgen noch zur Spitze zählt. Es herrscht ein noch nie dagewesenes Nebeneinander von großer wirtschaftlicher Stärke und riesigen Zukunftsherausforderungen.

Wir dürfen in dieser Situation nicht die Hände in den Schoß legen und darauf bauen, dass wir auch in Zukunft automatisch erfolgreich sein werden. Die Leistungsfähigkeit unserer Unternehmen und die Stärke des Arbeitsmarktes sind keine Selbstverständlichkeit. Genau das suggeriert aber der Koalitionsvertrag der neuen großen Koalition. Es dominiert das „weiter so“ – eine Mischung aus Umverteilung und zusätzlicher Bürokratie.

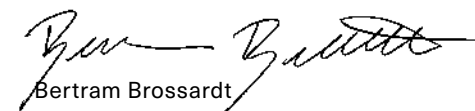
Stattdessen müssen wir anpacken und die Zukunft aktiv gestalten. Mit der Agenda für Deutschland legt die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. dar, was zu tun ist, um auch in Zukunft erfolgreich zu sein. Wir haben zehn Bereiche – von Arbeit und Soziales bis Sicherheit – definiert und unsere jeweiligen Kernforderungen mit konkreten Zeitangaben versehen. Einige Forderungen sind bis spätestens 2030 umzusetzen, für die meisten gelten allerdings frühere Umsetzungszeitpunkte.

Wir werden am Ball bleiben und in Zukunft regelmäßig einen Check der Agenda für Deutschland durchführen und bewerten, wie weit unsere Ziele bereits umgesetzt sind.

München, 16. April 2018



Alfred Gaffal



Bertram Brossardt

Kapitel 01

Arbeit und Soziales



Ab sofort müssen sich die tariflichen Entgelterhöhungen am gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt orientieren und zudem die Lohnentwicklung im Ausland im Blick haben. → **2021** sind die Weichen der sozialen Sicherungssysteme so gestellt, dass diese nachhaltig und langfristig finanzierbar sind. Der Gesamtbeitragssatz zur Sozialversicherung liegt in den Jahren bis → **2030** (und darüber hinaus) durchgehend unter 40 Prozent. → **2021** haben wir einen Rechtsrahmen für Arbeit, der die nötige Flexibilität für Arbeitgeber und Arbeitnehmer sicherstellt.

Um Arbeit und Wertschöpfung auf Dauer am Standort zu sichern, müssen wir die Arbeitskosten im Griff behalten und Arbeit flexibel gestalten.

Deutschland und Bayern sind Hochlohnstandorte. Besonders für die Industrie, die im globalen Wettbewerb steht, ist dies eine große Herausforderung. Im Jahr 2016 lagen die Arbeitskosten in der westdeutschen Industrie bei 42 Euro pro Stunde, das waren die sechsthöchsten weltweit. Die Personalkosten sind ausschlaggebend dafür, wo Wertschöpfung und Beschäftigung stattfinden.

Es gilt, die umlagefinanzierten sozialen Sicherungssysteme trotz demografischer Entwicklung leistungsfähig und bezahlbar zu halten – auch um einen Anstieg der Beitragssätze und damit der Lohnzusatzkosten zu verhindern. Die notwendigen Weichen-

stellungen müssen zeitnah erfolgen, denn ab 2020 wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter stark zurückgehen.

Die Arbeitswelt wird immer stärker durch die Digitalisierung geprägt. Um die Chancen dieser Entwicklung zu nutzen, brauchen wir ein hohes Maß an Flexibilität beim Arbeitsinsatz. Das liegt im Interesse von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleichermaßen. Ein moderner Rechtsrahmen muss gesetzliche Spielräume schaffen. Vor allem benötigen wir eine flexiblere Verteilung der Arbeitszeit – weg von einer täglichen hin zu einer wöchentlichen Betrachtung. Flexible Personalinstrumente, wie befristete Beschäftigung oder Zeitarbeit, schaffen für die Unternehmen den „Raum zum Atmen“, den sie brauchen, und erleichtern Arbeitnehmern den Einstieg in den Arbeitsmarkt. Sie dürfen nicht als „atypisch“ oder als „prekär“ diffamiert und weiter reguliert werden.

Im Einzelnen fordern wir:

- In der Sozialversicherung muss das Äquivalenzprinzip gelten: Versicherungsfremde Leistungen dürfen nicht über Beiträge finanziert werden.
- Die Altersvorsorge basiert auf den drei Säulen gesetzliche Rentenversicherung, private Altersvorsorge und betriebliche Altersvorsorge. Dieses System muss insgesamt gestärkt werden, ein alleiniger Fokus auf die gesetzliche Rentenversicherung ist nicht zielführend.
- Die Finanzierung der GKV und der Gesetzlichen Pflegeversicherung muss zukunftsfest ausgestaltet werden. Dazu ist die einseitige Fixierung auf den Lohn aufzugeben.

Publikationen

Position Deutschland im internationalen Arbeitskostenwettbewerb

Position Der Mensch in der digitalen Arbeitswelt

Position Moderne Arbeitswelt – Modernes Arbeitsrecht

Position Arbeitszeit – Handlungsfähigkeit der Unternehmen stärken

Position Mythen und Fakten zur Zeitarbeit

Position Befristete Beschäftigung

Position Kompass Gesundheitspolitik

Position Leitlinien für ein Gesundheitssystem mit Zukunft

Position Pflege nachhaltig gestalten – Kernforderungen an zukunfts-feste Sozialversicherungssysteme

Position Altersvorsorge – für eine verlässliche und bezahlbare Rentenpolitik

Position Soloselbstständige stärken

Position Perspektiven des bayerischen Arbeitsmarkts

Position Langzeitarbeitslosigkeit nachhaltig abbauen

Position Arbeitslosenversicherung



DOWNLOADS
www.vbw-bayern.de

- Die Finanzierung in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) muss in ein selbstregulierendes System überführt werden, das heißt, es ist wieder eine Beitragsautonomie der Kassen zuzulassen und planwirtschaftliche Elemente sind abzuschaffen. Der Regionale Gesundheits-Kombi liefert dazu ein durchdachtes Modell.
- Der Missbrauch der Sozialversicherung als Umverteilungsinstrument muss beendet werden. Dazu gehört auch, die Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds zielgenauer zu gestalten.
- In der Pflege sind die verschiedenen Stellschrauben wettbewerbsfähig weiterzuentwickeln. Staatliche Planwirtschaft wird den großen Herausforderungen auf diesem Gebiet nicht gerecht.
- Der Fokus der Bundesagentur für Arbeit muss auch in Zukunft in der Vermittlung liegen. Die Weiterqualifizierung muss vorrangig Aufgabe von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bleiben.
- Bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit ist das Ziel die Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Öffentlich geförderte Beschäftigung ist der falsche Weg.
- Wir brauchen mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit: Die tägliche Höchstarbeitszeit muss durch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit von durchschnittlich maximal 48 Stunden abgelöst werden.
- Wir brauchen eine tägliche Mindestruhezeit, die betrieblich entsprechend der jeweiligen Aufgaben und Tätigkeiten festgelegt wird.
- Zeitarbeit und befristete Beschäftigung dürfen nicht weiter reguliert werden. Bereits geschehene Überregulierung muss abgebaut werden.

Kapitel 02

Digitale Transfor- mation



→ **2020** sind Deutschland und Bayern globale Leitregion für Cybersicherheit und Industrie 4.0 → **2021** haben alle Schulen, Krankenhäuser, Gewerbegebiete und sozialen Einrichtungen der öffentlichen Hand Zugang zu einem Glasfaseranschluss; leistungsfähiger Mobilfunk steht flächendeckend zur Verfügung. → **2023** ist jedes Unternehmen mit Glasfaser versorgt und der Ausbau von 5G, unter anderem an Verkehrswegen, weit fortgeschritten. → **2025** müssen Glasfaser und 5G lückenlos verfügbar sein. → **2025** sind Deutschland und Bayern führend in Europa bei datengetriebenen Geschäftsmodellen; die Verwaltung hat ihre Leistungen digitalisiert.

Die richtigen Rahmenbedingungen für die digitale Transformation zu gestalten, ist die Schlüsselaufgabe der kommenden Jahre. Schon heute liegt der Anteil digitaler Produkte und Dienstleistungen an der Wertschöpfung bei rund 12 Prozent, und die noch brachliegenden Potenziale sind enorm, wenn man den Digitalisierungsgrad unserer Unternehmen und der öffentlichen Verwaltungen zugrunde legt.

Drei zentrale Eigenschaften kennzeichnen die Digitalisierung: die Vernetzung von Menschen und Dingen, die Virtualisierung von Produkten und Prozessen sowie der Austausch von Daten und Wissen. Auf jedem dieser Felder haben wir heute Spitzenleistungen vorzuweisen, müssen die Anwendung und insbesondere die Umsetzung in konkrete Produkte, Prozessverbesserungen und neue Geschäftsmodelle aber noch viel stärker in die Breite tragen.

Zwingend notwendige Basis ist eine ausgezeichnete Infrastruktur. Hier besteht insbesondere im Hinblick auf das Glasfasernetz im internationalen Kontext noch erheblicher Nachholbedarf. Ebenso dringend brauchen wir einen innovationsfreundlichen Rechtsrahmen, der die rasche Entstehung neuer Produkte und Geschäftsmodelle am Standort Deutschland und Bayern fördert und dabei das notwendige Sicherheitsniveau gewährleistet. Entscheidend für den Erfolg wird sein, dass der Staat die digitale Transformation nicht als Abwehrthema begreift, sondern als große Chance für Wirtschaft und Gesellschaft. Er muss nicht nur Investitionen darauf ausrichten, sondern bei der Umsetzung vorangehen und Begeisterung entfachen.

Im Einzelnen fordern wir:

- Eine hochleistungsfähige und flächendeckend ausgebaute Infrastruktur, sowohl für leitungsgebundene (Glasfaser) als auch für mobile Anwendungen (perspektivisch 5G).
- Eine Cyber-Sicherheitsstrategie als prioritäres Thema, die von der Information über die praktische Umsetzung bis zur laufenden Erforschung neuer technologischer Lösungen reicht und von staatlicher Seite angemessen dotiert ist.
- Forschungsschwerpunkte im Bereich der digitalen Transformation unserer Schlüsseltechnologien (z. B. Energiesysteme, intelligente Verkehrssysteme) sowie wesentlicher Querschnittsfragen (z. B. Künstliche Intelligenz, Big-Data-Anwendungen).

Publikationen

Digitale Agenda Bund und Bayern

- Neue Wertschöpfung durch Digitalisierung
 - Studie
 - Analyse und Handlungsempfehlungen
 - Kurzfassung Handlungsempfehlungen

Blockchain und Smart Contracts – Recht und Technik im Überblick

- Digitalisierung
 - in der Land- und Ernährungswirtschaft
 - im Bereich Planen und Bauen, Schwerpunkt BIM
 - in der Versicherungswirtschaft Datenschutz, IT-Sicherheit und Haftung bei automatisierten Systemen

Big Data

- Studie Chancen und Herausforderungen für den Freistaat Bayern
- Zukunft digital – Big Data. Analyse und Handlungsempfehlungen
- Big Data Kurzfassung Handlungsempfehlungen

Open Data

- Studie Open Data – Rechtliche Bewertung: Marktpotenzial nutzen
- Position Mehrwert durch Open Data

- Einen Staat, der auch Vorbild ist: durch die Umstellung der Verwaltungsleistungen auf digitale Angebote, die Nutzung neuer Technologien wie Blockchain und die Unterstützung neuer Geschäftsmodelle, zum Beispiel durch Open Data.
- Den Verzicht auf neue Ausschließlichkeitsrechte bei Daten und die vorschnelle neue Regulierung in Bereichen wie Algorithmen, automatisierte Systeme und Plattformwirtschaft.
- Den Verbraucher als mündigen Bürger zu behandeln, beispielsweise im Hinblick auf den Schutz seiner Daten, wie z. B. Gesundheitsdaten oder anonymisierte Daten für Big-Data-Anwendungen.
- Die Weiterentwicklung der bestehenden Instrumente zur Messung digitaler Wertschöpfung.
- Eine konsequente Bekanntmachung des Nutzens der einzelnen digitalen Tools, auch branchenübergreifend, und die Unterstützung bei der Vernetzung der verschiedenen Akteure.

Position Datenschutz praxisgerecht und anwenderfreundlich regeln

Position Wachstum digital – digitale Unternehmen

Position Soziale Marktwirtschaft im Zeitalter der Digitalisierung

Position Digitale Agenda für Europa 2020

Position Digitale Netze – Aktivitäten des Bundes und Bayerns

Studie Breitbandbedarf der bayerischen Unternehmen 2017 – leitungsgebunden und mobil

Studie Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur in Bayern

Studie Hybride Geschäftsmodelle – als Lösungsanbieter zum Erfolg



DOWNLOADS
www.vbw-bayern.de

Kapitel 03



Energie- system

→ 2020 verfügt Deutschland über ein schlüssiges energiewirtschaftliches Gesamtkonzept. In den Jahren bis → 2030 ist durchgehend Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit gewährleistet, und die Jahresziele des vbw Energiewende-Monitorings werden erreicht. → 2030 ist die Energieversorgung in Deutschland bezahlbar, sicher und umweltverträglich; die Klimaschutzziele werden erreicht, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu gefährden.

Großer politischer Ehrgeiz, Milliardenkosten, ein dichtes Regulierungsgeflecht – und trotzdem werden klimapolitische Zielvorgaben seit Jahren massiv verfehlt. Ein Kurswechsel ist nicht in Sicht. Die neue Bundesregierung beschleunigt den Ausbau erneuerbarer Energien, ohne Rücksicht auf deutsche oder europäische Netzkapazitäten und die immer weiter steigenden Stromkosten. Ein solches Vorgehen gefährdet nicht nur die Bezahlbarkeit und die weitere europäische Integration der Energieversorgung: der Kernkraftausstieg 2022, eine steigende Stromnachfrage in den Bereichen Mobilität und Gebäude, sowie hohe Zeit- und Akzeptanzanforderungen für den Netzzubau werden, ohne entschlossene Richtungsentscheidungen heute, die Versorgungssicherheit im nächsten Jahrzehnt enorm beeinträchtigen.

Deshalb ist es höchste Zeit für einen Systemwechsel in Energie- und Klimapolitik. Der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien muss markt- und bedarfsgerecht und in strenger Anpassung an die Aufnahmefähigkeit der Netzinfrasturktur erfolgen. Er muss flankiert werden mit der ausreichenden Bereitstellung und entsprechenden Planungssicherheit für Reservekraftwerke. Technologische Potenziale, etwa im Hinblick auf die Energiespeicherung, aber beispielsweise auch den Einsatz digitaler Lösungen, müssen konsequent ausgeschöpft werden. Nur so kann eine sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Energieversorgung auch in Zukunft gewährleistet werden. Sämtliche Ziele und Maßnahmen der Energie- und Klimapolitik müssen endlich in einem schlüssigen Gesamtkonzept zusammengeführt werden.

Im Einzelnen fordern wir:

- Ein schlüssiges und vollständiges Gesamtkonzept, das die Erzeugungsarten untereinander sowie Erzeugung, Transport, Energieeffizienz und Speicherung intelligent miteinander und mit sämtlichen klimapolitischen Zielen und Maßnahmen verknüpft.
- Den strikt netzsynchronen weiteren Ausbau erneuerbarer Energien und eine bessere Nutzung des Bestandsnetzes.
- Die aktive Gestaltung tief greifender energiewirtschaftlicher Veränderungsprozesse, wie Dezentralisierung, Flexibilisierung und Digitalisierung.
- Die volle Marktintegration erneuerbarer Energien und die Abschaffung des EEG, damit Strompreise dauerhaft und deutlich gesenkt werden können.
- Die steuerliche Absetzbarkeit von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, insbesondere im Gebäudebereich.

Publikationen

Position Auswirkungen der Energiepolitik der Bundesregierung

Position Aktuelle Forderungen an die Energiepolitik der Bundesregierung

Studie 6. Energiewende-Monitoring



DOWNLOADS
www.vbw-bayern.de

- Die Einsicht, dass eine sichere und stabile Energieversorgung jedenfalls mittelfristig nur in der Verbindung erneuerbarer und konventioneller Energieträger gewährleistet werden kann.
- Mehr Investitionen in Energie- und Klimaforschung, um Deutschlands Energie- und Effizienztechnologieführerschaft zu erhalten.
- Einen Klimaschutz nur im Rahmen internationaler Vereinbarungen und ohne nationale Alleingänge.
- Die Stärkung und möglichst globale Ausweitung des europäischen Emissionshandels und die weitere Integration des europäischen Energiebinnenmarktes.
- Ein konsequentes Monitoring aller relevanten Zielgrößen.



Kapitel 04



Mobilität

→ Im Jahr 2020 ist Deutschland Leitanbieter für automatisiertes und autonomes Fahren. → 2030 hält Deutschland seine führende Stellung im motorisierten Individualverkehr und ist Leitanbieter für Mobilitätslösungen. → 2030 müssen die Verkehrsinfrastruktur zukunftsfähig ausgebaut und die einzelnen Verkehrsträger über hoch funktionale Schnittstellen und digitale Steuerungsmöglichkeiten optimal miteinander vernetzt sein. Der Bedarfsplan für die Verkehrswege ist umgesetzt.

Mobilität ist ein Schlüsselfaktor unserer vernetzten und arbeitsteiligen Wirtschaft. Politik und Verwaltung müssen sie jederzeit bedarfsgerecht gewährleisten.

Attraktive Verkehrswege sind entscheidende Standortfaktoren. Wir können es uns nicht länger leisten, bei der Infrastruktur von der Substanz zu zehren. Die Aufstockung der Mittel in der letzten Legislaturperiode war ein Schritt in die richtige Richtung. Dieser Weg muss mit angemessenen Planungsvorläufen, einer sachgerechten Priorisierung und einer konsequenten Umsetzung weitergegangen werden.

Der Umstieg auf nachhaltige Antriebssysteme, vor allem Elektromobilität, das Aufkommen neuer Nutzungskonzepte wie CarSharing, die Weiterentwicklung des automatisierten Fahrens bis hin zum autonomen Fahren und die digitale Vernetzung der Mobilitätssysteme mit den dadurch entstehenden neuen Möglichkeiten und Risiken fordern alle Marktteilnehmer massiv heraus. Leitgedanke staatlichen Handelns muss es sein, mit geeigneten Rahmenbedingungen sowohl die Entwicklung neuer mobilitätsfördernder Technologien zu unterstützen als auch die starken gewachsenen Wirtschaftsstrukturen zu bewahren.

Im Einzelnen fordern wir:

- Die Verkehrsinfrastruktur – einschließlich der Verkehrsleitsysteme (Stauvermeidung) – muss konsequent erneuert und zukunftsfähig ausgebaut werden. Dazu gehören auch flankierende Kommunikationsnetze (z. B. 5G). Das gilt für sämtliche Verkehrsträger.
- Die Mittelausstattung für Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur muss auf hohem Niveau dauerhaft fortgeschrieben werden.
- Mindestens alle (auch) im Güterverkehr genutzten Eisenbahnstrecken sind durchgehend zu elektrifizieren.
- Der Staat muss den Wandel der Automobilindustrie flankieren und wo notwendig – unter anderem im Hinblick auf die notwendige Infrastruktur für Elektromobilität – fördern. Dazu zählt auch eine Intensivierung der Forschung zu Batteriezellen und die Unterstützung beim Aufbau einer nationalen Batteriezellfertigung.
- Für das automatisierte und autonome Fahren muss eine Roadmap vorgelegt werden, anhand derer die notwendigen weiteren gesetzlichen Anpassungen auf nationaler und internationaler Ebene innerhalb der laufenden Legislaturperiode erfolgen.
- Weitere Pilotregionen für automatisiertes und autonomes Fahren sind auszuweisen.



Publikationen

Position Bundesverkehrswegeplan 2030 – Chancen nutzen

Position 3. Start- und Landebahn – jetzt!

Position Automatisiertes Fahren – Infrastruktur

Position Automatisiertes Fahren – Datensicherheit und Datenschutz

Position Zukunft automatisiertes Fahren: Rechtsrahmen und Haftungsfragen



DOWNLOADS
www.vbw-bayern.de

Kapitel 05



Bildung

→ **Bis 2030 müssen alle Absolventen aus allgemeinbildenden Schulen, dualer Ausbildung und Hochschulen über digitale Kompetenzen verfügen sowie souverän mit digitalen Medien umgehen können.**



Bildung bleibt die kostbarste Ressource unserer rohstoffarmen Volkswirtschaft. Deshalb brauchen wir in Zukunft noch mehr Bildungsqualität, Bildungsbeteiligung und Partizipationsgerechtigkeit.

Unser Bildungssystem hat maßgeblichen Einfluss darauf, wie die Gesellschaft mit den Chancen der Digitalisierung umgeht. Deshalb müssen die politischen Verantwortlichen sicherstellen, dass zukünftige Fach- und Führungskräfte einen souveränen Umgang mit digitalen Medien erlernen. Bund und Länder müssen die geplanten Investitions- und Qualitätsoffensiven in diesem Bereich gemeinsam und zügig umsetzen.

Eine Daueraufgabe bleibt auch die Senkung der Abbruchquoten. Diese sind auf allen Ebenen des Bildungssystems immer noch

zu hoch. Deutschlandweit verlassen über 5,7 Prozent der Schüler allgemeinbildende Schulen ohne einen Abschluss. Branchenübergreifend brechen rund 24 Prozent der Auszubildenden ihre duale Berufsausbildung ab – bei rund 12 Prozent handelt es sich dabei um endgültige Abbrüche. An den Hochschulen beenden 29 Prozent ihr Studium ohne Abschluss. In den vergangenen Jahren ist es nicht gelungen, diese hohe Quote zu reduzieren. Im Segment Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) liegen die Abbruchquoten zum Teil deutlich über 30 Prozent. Besonders drastisch ist die Situation beispielsweise im Studienbereich Informatik: Hier stieg die Abbrecherquote zuletzt von 37 auf 43 Prozent.

Im Einzelnen fordern wir:

- Eine deutliche Senkung der Abbruchquoten auf allen Ebenen des Bildungssystems.
- Den intensiven Ausbau der digitalen Infrastruktur an Schulen und Hochschulen.
- Die feste Verankerung einer digitalen Grundbildung in den allgemeinbildenden Schulen, den Ausbildungsberufen und in jedem Studiengang.
- Die systematische Implementierung digitaler Lehr- und Lerninhalte an Schulen und Hochschulen.
- Eine deutliche Schwerpunktsetzung in der Aus- und Weiterbildung von pädagogischem Personal auf das digitale Lehren und Lernen.
- Eine Intensivierung des Forschungsbereichs „Digitalisierung in der Bildung“.



Publikationen

Position Vorschule und Schule

Position Hochschulen

Position Berufs- und Studienorientierung

Position Betriebliche Weiterbildung

Position Berufliche Bildung



DOWNLOADS
www.vbw-bayern.de

Kapitel 06



Fachkräfte- sicherung

In den Jahren bis → 2030 können die Unternehmen durchgehend ihren Fachkräftebedarf decken.



Die Unternehmen in Bayern und Deutschland können sich im globalen Wettbewerb nur mit Innovationskraft und Know-how langfristig behaupten. Dafür brauchen die Unternehmen gut ausgebildete Mitarbeiter. Allerdings gibt es in allen Landesteilen Bayerns und über die meisten Branchen hinweg Fachkräfteengpässe auf allen Qualifikationsniveaus.

Politik und Wirtschaft sind hier gemeinsam gefordert, bei der Fachkräftesicherung alle denkbaren Potenziale auszuschöpfen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und den Wohlstand der Gesellschaft

zu sichern. Es muss gelingen, verschiedene Zielgruppen zu erreichen und zu fördern, insbesondere Jugendliche mit Förderbedarf, Langzeitarbeitslose, Frauen und Ältere.

Wer alle heimischen Potenziale nutzt, um dem Fachkräftemangel gezielt zu begegnen, muss auch die Migration in den Fokus rücken. Hierbei gilt es gerade, Zuwanderung in den Arbeitsmarkt gezielter zu steuern, aber auch die Anstrengungen der vergangenen Jahre fortzusetzen, Flüchtlinge in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu integrieren.

Im Einzelnen fordern wir:

- Es muss ein ganzheitlicher Ansatz zur Fachkräftesicherung auf allen politischen Ebenen verfolgt werden.
- Um die Erwerbsbeteiligung von Frauen weiter zu erhöhen und Frauen in Teilzeit die Möglichkeit zu geben, ihre Arbeitszeit auszuweiten, muss der qualitative und quantitative Ausbau von Kindertageseinrichtungen, Ganztagschulen und Pflegeeinrichtungen weiter vorangetrieben werden.
- Die Potenziale Älterer am Arbeitsmarkt müssen konsequenter genutzt werden. Fehlanreize für ein frühzeitiges Ausscheiden aus dem Beruf müssen beseitigt werden und es gilt, die Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand weiter zu flexibilisieren, um Ältere möglichst lange im Beruf zu halten.
- Die Integration in den ersten Arbeitsmarkt muss absolute Priorität genießen. Solange am ersten Arbeitsmarkt Fachkräfte fehlen, wirkt ein zweiter Arbeitsmarkt kontraproduktiv.
- Teilqualifizierungen sind ein bewährtes Instrument für An- und Ungelernte und müssen daher weiter gefördert und flächendeckend zum Einsatz gebracht werden.

- Neben der Ausschöpfung aller inländischen Potenziale brauchen wir zur Fachkräftesicherung eine gesteuerte und arbeitsmarkt-orientierte Zuwanderung.
- Im Bereich der Flüchtlingsintegration muss der Duldungstatbestand zum Zwecke einer Ausbildung auf das Instrument der Einstiegsqualifizierung ausgeweitet, das Beschäftigungsverbot in der Zeitarbeit aufgehoben und der Zugang zu allen Förderleistungen der Berufsausbildung mit Abschluss eines Ausbildungsvertrags ermöglicht werden.

Publikationen

Position Wir für Bayern –
Aktionsprogramm Fachkräftesicherung

Position Arbeit im Alter

Position Frauen in der Arbeitswelt –
ein Aktionsprogramm

Position Langzeitarbeitslosigkeit
nachhaltig abbauen

Position Gesteuerte Zuwanderung

Position Flüchtlingsintegration

Position IdA 120

Position IdA BayernTurbo

Position IdA 1.000

Information Chance Teilqualifizierung –
Kompetente Fachkräfte für Ihren Betrieb

Information Ausbildungspotenziale
erschließen – Überblick über
Unterstützungsangebote

Information Flüchtlingsintegration im
Unternehmen – Tipps für die Praxis



DOWNLOADS
www.vbw-bayern.de

Kapitel 07



→ **2020** zählen Deutschland und Bayern zu den weltweit gefragtesten Standorten für Unternehmensgründungen und die Ansiedelung junger Unternehmen. → **2022** hat Deutschland einen F+E-Anteil am BIP von mindestens 3,5 Prozent und hält diesen langfristig. → **2025** nimmt Deutschland einen internationalen Spitzenplatz auf allen Zukunftsfeldern ein. → **2030** zählt Deutschland zu den fünf weltweit führenden Technologienationen.

Ein großer Teil unseres wirtschaftlichen Erfolgs beruht seit jeher darauf, dass wir Innovationen hervorbringen und in Wertschöpfung am Standort umsetzen. Angesichts hoher Energie- und Arbeitskosten, einer globalisierten Wirtschaft mit internationalen Wertschöpfungsketten und der voranschreitenden digitalen Transformation mit neuen Produkten, Prozessen und Geschäftsmodellen wird die Umsetzung neuer technologischer Lösungen in Wachstum essenzieller denn je, um unseren Wohlstand langfristig zu sichern.

Wir brauchen deshalb in Deutschland ein zukunftsbejahendes und fortschrittsfreundliches Umfeld in Gesellschaft, Verwaltung und Politik. Technologische Entwicklung muss dort stattfinden, wo Erfindergeist auf Verantwortungsbewusstsein trifft: bei uns.

Entscheidend ist dabei auch ein innovationsfördernder Rechtsrahmen. Vom automatisierten Fahren über Drohnen bis hin zu Biotechnologie müssen die neuen Möglichkeiten bei uns ausgelotet werden. Das gilt von der Debatte über den notwendigen Verbraucherschutz bis hin zur Serienproduktion.

Da Innovationen oft – und erst recht im digitalen Umfeld – zuerst von neuen Unternehmen entwickelt werden, müssen Start-ups noch stärker in den Fokus genommen werden. Wir brauchen eine neue Gründerkultur, die das große Potenzial unseres leistungsfähigen Forschungs- und Entwicklungsstandorts ausschöpft und die jungen Unternehmen zugleich in unsere gewachsene Unternehmenslandschaft einbindet.

Im Einzelnen fordern wir:

- Die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung auf international wettbewerbsfähigem Niveau und für Unternehmen jeder Größenordnung.
- Einen Ausbau der Technologieförderung für alle unsere Schlüsseltechnologien und eine stärkere Unterstützung des Wissenstransfers insbesondere in den Mittelstand.
- Einen innovationsfreundlichen Rechtsrahmen, der Technologie als Chance begreift und sich selbst als Enabler für die sichere Umsetzung versteht.
- Die Einführung einer Technikchancenabschätzung als Ergänzung zur Technikfolgenabschätzung, die auch die Konsequenzen eines Unterlassens aufzeigt.
- Den Verzicht auf grundsätzlich technologiefeindliche Regelungen wie jede Art von Robotersteuer oder Wertschöpfungsabgabe.
- Die konsequente Sichtbarmachung von hiesigen Start-Ups.

- Eine Unterstützung bei der Vernetzung von Gründern und jungen Unternehmen mit etablierten Unternehmen am Standort, beispielsweise aus der Industrie, einschließlich einer gezielten Unterstützung von Kooperationen.
- Die Förderung des Gründergeistes in Hochschulen und Forschungseinrichtungen, zum Beispiel durch eine Erleichterung des (Personal-)Austausches mit der Industrie, Freisemester für Gründungsaktivitäten und Entrepreneurship-Kurse.
- Erleichterungen für Start-ups im Hinblick auf bürokratische Erfordernisse.

Publikationen

Studie Bayerns Zukunftstechnologien

Bayerns Zukunftstechnologien.
Analyse und Handlungsempfehlungen

Studie Voneinander profitieren – Potenziale
durch Vernetzung der Medienindustrie

Studie Standort Bayern:
Unternehmerperspektiven

Studie Industriestandort Bayern im
internationalen Vergleich – Niveauranking

Studie Industriestandort Bayern im
internationalen Vergleich – Dynamikranking

Studie Verlagerung von Wertschöpfung –
Geht die Produktion ins Ausland?

Position Zukunft des
Industriestandorts Bayern

Position Zukunft der industriellen
Wertschöpfung in Deutschland und Bayern

Position Robotersteuer – Gefahr für Wohlstand
und gute Arbeit

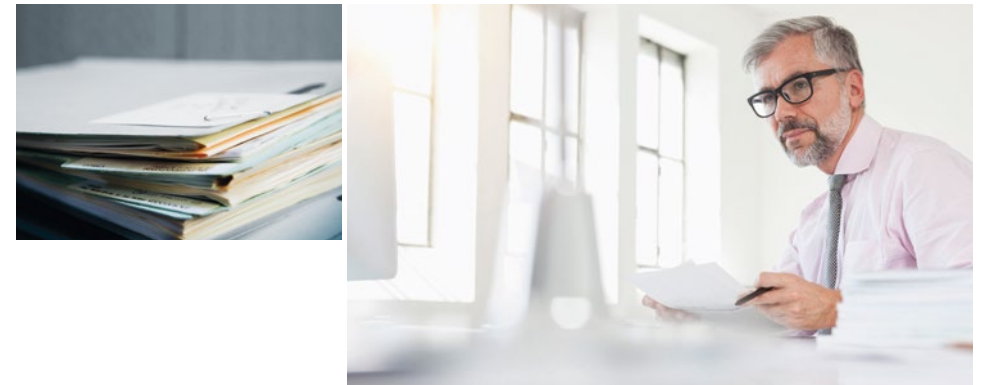


DOWNLOADS
www.vbw-bayern.de

Kapitel 08



Das Steuerrecht muss → 2030 einfach, wettbewerbs- und leistungsgerecht sein. Die Staatsquote darf 42 Prozent des BIP nicht übersteigen; gleichzeitig muss der Staat mit diesen Mitteln seine Aufgaben vollumfänglich erfüllen können.



Haushaltspolitisch baut Deutschland zwar seit einigen Jahren Schulden ab, der Konsolidierungskurs ist jedoch nicht nachhaltig abgesichert. Das deutsche Steuersystem ist international nicht mehr wettbewerbsfähig. Das Besteuerungsniveau und Strukturprobleme, wie der Fremdkörper Gewerbesteuer, behindern eine wachstumsge-rechte Weiterentwicklung der Unternehmensbesteuerung auch in der EU. Aufgrund der kalten Progression steigt das steuerliche Belastungsniveau immer weiter. Zusammen mit strukturellen Fehlern im Tarif, wie dem Mittelstandsbauch, wirkt das Einkommen-steuerrecht leistungsfeindlich.

Im Sinne einer soliden Haushaltspolitik muss Deutschland die öffentlichen Ausgaben deutlich stärker auf Effizienz, Investitionen und Innovationen ausrichten und Schulden nachhaltig abbauen. Der Staat muss seine Handlungsspielräume dauerhaft ohne Steuererhöhungen oder neue Steuern bewahren – auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Die Besteuerung von Unternehmen muss international wettbewerbsfähig ausgerichtet sein. Das Steuerrecht muss auch für Private einfacher und leistungsgerechter werden.

Im Einzelnen fordern wir:

- Den dauerhaften Verzicht auf Steuererhöhungen und neue Steuern, insbesondere auch auf technologiefeindliche Ansätze wie eine Besteuerung der digitalen Wirtschaft.
- Die gesetzliche Verabschiedung einer Einfachreform der Grundsteuer.
- Eine vollständige Digitalisierung des Besteuerungsverfahrens.
- Eine wettbewerbsgerechte Reform des Außensteuerrechts.
- Eine wettbewerbsgerechte Ausgestaltung der Unternehmenssteuerlast.
- Die offizielle Ausweisung der impliziten Staatsverschuldung.
- Einen nachhaltigen Tilgungsplan für die öffentliche Verschuldung, der auch die implizite Staatsverschuldung umfasst.
- Die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags.

- Eine Abschaffung der Hinzurechnung in der Gewerbesteuer.
- Eine gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer in der EU ab 2023 – mit Wirkung auch für die Gewerbesteuer.
- Die regelmäßige automatische Korrektur der Kalten Progression.
- Einen Abbau des Mittelstandsbauches und die Verschiebung des Eintrittspunktes des Spitzensteuersatzes im Einkommensteuertarif auf 100.000 Euro.

Publikationen

Position Zukunft der öffentlichen Finanzen

Position Öffentliche Schuldenlast abbauen

Position EU-Steuerpolitik – Auftrag und Grenzen

Position Steuerliche und steuerbürokratische Belastung von Vermögen abbauen

Position Steuerpolitik – gerecht, für Wachstum und Chancen

Position Besteuerung der digitalen Wirtschaft

Position Standortfaktor Gewerbesteuer



DOWNLOADS
www.vbw-bayern.de

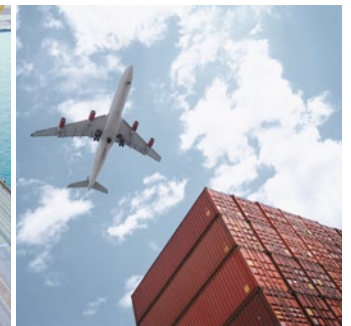
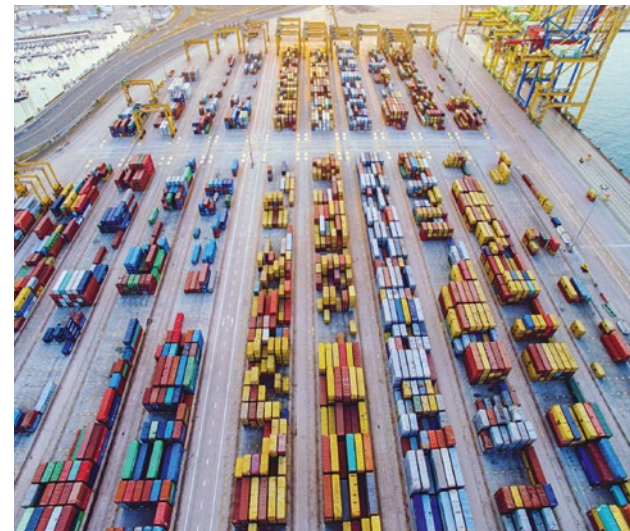
Kapitel 09



Bis → 2025 haben wir eine leistungsfähige, wettbewerbsfähige, geschlossene und weniger bürokratische Europäische Union ohne zusätzliche Transfers, in der jedes Land für seine Schulden – und weiterhin auch für seine sozialen Sicherungssysteme – selbst verantwortlich ist. Der freie Welthandel darf nicht eingeschränkt werden. Stattdessen gilt es, weltweite Handels- und Investitionsbeschränkungen weiter abzubauen.

Eine gute Zukunft ist nur in Europa und mit Europa möglich. Die europäische Integration bringt nicht nur wirtschaftliche Vorteile. Eine Gemeinschaft mit 500 Millionen Menschen hat in der Welt auch ein viel stärkeres Gewicht als eine mit 80 Millionen. Wir brauchen nicht unbedingt mehr Europa, sondern ein besseres Europa.

Auch jenseits der Europäischen Union ist der freie Handel von besonderer Bedeutung. Wir betrachten die weltweiten protektionistischen Tendenzen mit großer Sorge. Ein freier und fairer Welthandel ist für unseren Wohlstand entscheidend.



Im Einzelnen fordern wir:

- Eine vertiefte Zusammenarbeit auf europäischer Ebene bei der Weiterentwicklung des digitalen Binnenmarkts, bei der Vollendung des Energiebinnenmarkts sowie bei der Außen- und Sicherheitspolitik, zu der ganz wesentlich die Grenzsicherung und die Flüchtlingsintegration gehören.
- Eine Absage an Bestrebungen, die Sozialpolitik auf europäischer Ebene zu regeln, denn nach dem Subsidiaritätsprinzip ist die Beschäftigungs- und Sozialpolitik Sache der Mitgliedstaaten – und muss es bleiben.
- Die Brexit-Verhandlungen im Sinne der deutschen Wirtschaft zu begleiten, denn die Wirtschaft braucht schleunigst Berechenbarkeit und Rechtssicherheit. Unternehmen müssen einschätzen können, welche Konsequenzen der Brexit im Hinblick auf Vorschriften, Grenzkontrollen, Beschäftigte, Produktstandards, Zölle und Steuern hat, um sich intern darauf einstellen zu können.
- Ein klares Bekenntnis zum freien und fairen Welthandel.

Publikationen

Position Starkes Bayern – starkes Europa

Position Arbeitsprogramm 2018 der EU-Kommission – eine Bewertung



www.vbw-bayern.de

Position Warum die Wirtschaft ein Freihandelsabkommen mit den USA braucht

Position Freier Handel für mehr Wirtschaftswachstum – TTIP

Position Brexit gestalten – Rechtssicherheit für die Wirtschaft erhalten

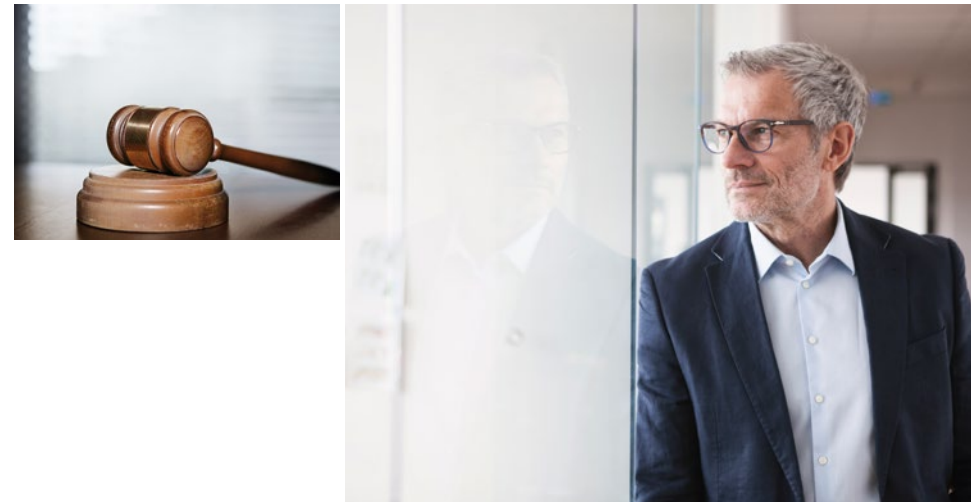
- Eine regelbasierte, reziproke Handels- und Investitionspolitik mit der Zielsetzung, Handels- und Investitionshindernisse abzubauen und zur Öffnung von Märkten beizutragen.
- Das Einfordern von verlässlichen globalen Handelsregeln und deren effiziente Vollstreckung durch die WTO.
- Auf den Abschluss und die nationale Ratifizierung moderner Freihandels- und Investitionsschutzabkommen und deren breite Akzeptanz in der Öffentlichkeit hinzuarbeiten.



Kapitel 10



→ **2020 muss der starke Staat, der Kriminalität entschlossen und konsequent verfolgt und ahndet, in ganz Deutschland Realität sein.**



Sicherheit ist ein Standortfaktor. Eine gute wirtschaftliche Entwicklung braucht ein Klima des Vertrauens und innere Sicherheit. Nur dann sind Unternehmen bereit für Investitionen – und nur dann konsumieren die Menschen. Der Ruf Bayerns als sicherstes Land ist bei der Standortfrage nicht zu unterschätzen.

Stabilität und Sicherheit sind nicht mehr so selbstverständlich wie früher. Zunehmenden Gefahren durch linksextreme und

rechtsextreme Gewalt, Eigentumsdelikte, Cyberkriminalität, islamistischen Terror sowie migrationsbezogene Kriminalität muss Einhalt geboten werden. Der Staat muss hier konsequent handeln und jederzeit in der Lage sein, seine existierenden Gesetze durchzusetzen und Verstöße zu ahnden. Generell darf unsere offene, freie Gesellschaft keine Radikalisierung und keine Verfassungsfeinde dulden – egal, aus welcher Richtung.

Im Einzelnen fordern wir:

- Eine bessere Zusammenarbeit und Kooperation bei der Verbrechensbekämpfung – sowohl länderübergreifend innerhalb Deutschlands, aber auch international.
- Eine in vielen Ländern bessere personelle, finanzielle und technische Ausstattung der Sicherheitsbehörden.
- Eine auf allen Ebenen besser ausgestattete Justiz.
- Eine konsequente Anwendung und Durchsetzung der Gesetze – auch und gerade in Flüchtlingsfragen.
- Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive müssen schneller und entschlossener abgeschoben werden.
- Einen geordneten Umgang mit Flüchtlingsströmen nach Europa und eine gerechte Verteilung.
- Eine nachhaltige Bekämpfung der Fluchtursachen.



Publikation

Mut zur Zukunft
Das Deutschlandprogramm der vbw



DOWNLOADS
www.vbw-bayern.de

Ansprechpartner

Raimo Kröll
Büroleiter des Präsidenten und
des Hauptgeschäftsführers

T 089-551 78-104
raimo.kroell@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich grundsätzlich sowohl auf die weibliche als auch auf die männliche Form. Zur besseren Lesbarkeit wurde meist auf die zusätzliche Bezeichnung in weiblicher Form verzichtet.

Herausgeber

vbw
Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e.V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw April 2018

Konzeption und Realisation

gr_consult gmbh
baymevbm@gr-consult.net

Druck

Druck & Medien Schreiber
Oberhaching

Bildnachweis

Getty Images: U1, S. 4, 8, 12, 16, 19, 20,
21, 23, 24, 25, 32, 33, 36, 37 (l), 39, 41, 43
Plainpicture: 15, 37 (r)
vbw: 28, 40

Agenda für Deutschland

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

T 089-551 78-100
F 089-551 78-111
info@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de